

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 1. Sitzung

Dienstag, 3. Februar 2015, 19.30 Uhr, in der Aula der Schulanlage Alpenstrasse Nord

Vorsitz: Hollinger Peter, FDP

Stimmzählende: Maria Reimann, SP
Schütz Lorenz, EDU&EVP

Weiter anwesend	SVP Staehelin Bernhard Beutler Heidi Burkhard Heinz Christ Franz Zumkehr Jürg Meyes Schürch Antonie Roth Andreas Nyffeler Adrian Bozic Marko	SP Simmler Dorothea Schenk Esther Trachsel Christine Vogt Peter Simmler Florian Lobsiger Verena	FDP Betschart Christoph Beutler Georges Künzli Beat Dübendorfer Thomas Michel Paul	Grüne Weinekötter Bernhard Kupfer Fritz Häsler Adrienne EDU&EVP Bühler David Balmer Ulrich	Gemeinderat Graf Urs Burkhard Hans-Rudolf Ritschard Philippe Stör Sabina Michel Peter Boss Kaspar Nyffeler Manuela
Abwesend		Aulbach Annerös Liechti Anja			
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

1. Protokoll
2. Bernastrasse, Erneuerung Oberbau, Strassenentwässerung und öffentliche Beleuchtung sowie Erneuerung der Kanalisation, Rahmenkredit
3. Änderung des Personalreglements 2011 und des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats
4. Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“
5. Postulat Walther, Umsetzung Verkehrsrichtplan mit Poller, Beantwortung
6. Motion Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, Erheblicherklärung
7. Motion Weinekötter, Fussgängerüberquerungen, Beantwortung
8. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission
9. Ersatzwahl in die Finanzkommission
10. Ersatzwahl in die Anerkennungskommission
11. Ersatzwahl in die Sicherheitskommission
12. Orientierungen/Verschiedenes

Ratspräsident Peter Hollinger begrüsst insbesondere die neuen Ratsmitglieder Adrienne Häsler (für Simone Rufener), Marko Bozic (für Marc Alain Sahli) und Verena Lobsiger (für Alfred Schenk). Er bestimmt Maria Reimann als Stimmzählerin für die abwesende Annerös Aulbach.

Ratspräsident Peter Hollinger bemerkt, nichts sei so beständig wie der Wandel. Spätestens seit den Anschlägen in Paris werde auch für uns die Terrorgefahr sehr real. Der Entscheid der Nationalbank, den Euro nicht mehr zu stützen, wirke durch die massive Aufwertung des Schweizer Frankens für unsere Tourismuswirtschaft wie ein Keulenschlag. Unsere Region habe im Laufe der Zeit weitere Entwicklungen erlebt, die ebenfalls wie ein Paukenschlag wirkten: Der Engländer Henry Lunn beispielsweise habe Müren zum Flaggschiff der Winterdestinationen gemacht. In seiner ersten Winter-saison im Jahre 1910 habe Müren in den Gesellschaftsblättern mehr Platz eingenommen als St. Moritz. Müren habe damals auch deutlich vor Gstaad gelegen. Die in den Hotels bezahlten Preise hätten

schweizweit an der Spitze gelegen. Was sei von diesem Glanz und dieser Wirtschaftskraft geblieben? Solches könne sich wiederholen. Wir würden hier vom Tourismus leben; und gut leben würden wir nur, wenn es gut laufe. Die Hotellerie sei das eine, die Zulieferer das andere. Fast alle Gewerbebetriebe und jeder Dienstleister würden ihren Umsatz fast ausschliesslich mit der Tourismuswirtschaft generieren. Die Löhne bezahle nicht der Arbeitgeber, sondern dessen Kunden. Wir hätten daher allen Grund, jedem Gast offen und gastfreundlich zu begegnen. Was bedeute das für uns Milizpolitiker? Auch auf lokaler Ebene seien wir in erster Linie dafür verantwortlich, dass die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften stimmen würden. Wir alle würden Partei- und Interessenpolitik vertreten und das sei gut so. Partikularinteressen müssten aber ins System passen. Wer auf dem Boden der Marktwirtschaft stehe, müsse als Politiker zum Beispiel dafür sorgen, dass die Staatsquote nicht 100 Prozent erreiche, dass die Steuern sowie die Flut von Gesetzen und Vorschriften den Leistungswillen nicht lähmen und dass die Schulden der öffentlichen Hand nicht ins Uferlose wachsen würden. Jedes System habe seine innere Logik, deren Nichtbeachtung langfristig nicht ungestraft bleibe. Er appelliere an alle, in Zukunft die politischen Meinungen in der Öffentlichkeit viel deutlicher sichtbar zu machen. Das für die Entwicklung der Region so überaus wichtige Des-Alpes-Projekt sei im Rat einstimmig gutgeheissen worden und doch habe es in der Volksabstimmung eine bitterböse Niederlage gegeben. Das sei nicht aus heiterem Himmel gekommen, weshalb nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden dürfe. Jetzt sei der Rat mit der Verkehrsinitiative gefordert. Es wäre unverzeihlich, dieselben Fehler zu wiederholen. Er wünsche sich für sein Präsidentschaftsjahr eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Bernhard Staehelin hält zur Traktandenliste fest, dass er bedaure, dass das Büro des Grossen Gemeinderats kein Traktandum Ausgabenbeschränkung aufgenommen habe, wie er das in der letzten Sitzung angeregt habe. Gemäss Ausführungen, die er in der Zwischenzeit erhalten habe, sehe er, dass er kein zusätzliches Traktandum beantragen könne. Das widerspreche allerdings seinem politischen Verständnis. Wenn die Exekutive als ausführendes Organ der Legislative als gesetzgebende Gewalt abschliessend vorschreiben könne, was sie zu behandeln habe, dann stimme etwas nicht. Er werde die Ausgabenbeschränkung unter Verschiedenem noch einmal aufgreifen und hoffe, dass es dann zu einer Diskussion komme.

1 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Bernhard Staehelin bemerkt, es sei ihm in seinem Votum auf Protokollseite 46 unten nicht um einen verbindlichen Beschluss gegangen, sondern in erster Linie um eine Grundsatzdiskussion, weshalb er das Wort „verbindlich“ gestrichen haben möchte.

Beschluss:

Das Protokoll der 5. Sitzung vom Dienstag, 9. Dezember 2014, wird mit der Änderung Staehelin einstimmig genehmigt.

2 S4.4.06 Bernastrasse

K1.1.3 Einzelne öffentliche Bauten und Leitungen (Kanalisation Ortsnetz)

Bernastrasse, Erneuerung Oberbau, Strassenentwässerung und öffentliche Beleuchtung sowie Erneuerung der Kanalisation, Rahmenkredit

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt den Kreditantrag des Gemeinderats schriftlich.

Gemeinderat Kaspar Boss erinnert an den Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 19. August 2014, das vorliegende Geschäft auf Anfang 2015 zu verschieben. Im Übrigen verweist er auf seine Ausführungen vom letzten August, die nach wie vor Gültigkeit hätten, und fasst diese noch einmal zusammen.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

David Bühler bemerkt, er habe sich im vergangenen August für eine weitergehende Verschiebung ausgesprochen. Die Situation habe sich für ihn nicht verändert. Für 2015 habe die Gemeinde Investitionen für elf Millionen Franken budgetiert. Es müsse deshalb geprüft werden, ob das Projekt Bernastrasse nicht nach hinten verschoben werden könnte. Er möchte das Geschäft noch einmal um zwei bis drei Jahre verschieben.

Verena Lobsiger macht auf die Gefährlichkeit der Situation auf und unter der Bernastrasse aufmerksam und spricht sich für den Kredit aus.

Peter Vogt sieht drei Argumente für die rasche Ausführung: der gefährliche Ist-Zustand, die Koordination mit den Arbeiten der Industriellen Betriebe und die Berücksichtigung des Vorhabens in der generellen Entwässerungsplanung. Er unterstütze das Geschäft deshalb.

Christoph Betschart erinnert, dass schon vor einem halben Jahr erwähnt worden sei, dass eine Verschiebung auf 2015 finanziell nichts bringe. Es sei schade, dass das Projekt nicht redimensioniert worden sei, insbesondere bezüglich der Randabschlüsse, auch wenn die Einsparung auf den gesamten Kredit bezogen nicht enorm gewesen wäre. Er könne das nicht akzeptieren, wolle das Geschäft aber nicht verhindern und enthalte sich der Stimme.

David Bühler präzisiert, dass er dem Geschäft nicht zustimme, aber keinen formellen Verschiebungsantrag stelle.

Gemeinderat Kaspar Boss hält fest, mit der heutigen Vorlage führe der Gemeinderat einen Auftrag des Parlaments aus. Richtig sei, dass 35'000 Franken gespart werden könnten, wenn nicht die gleiche Ausführung der Randabschlüsse gewählt werde wie sie bei andern Strassen nach dem Gestaltungskonzept Crossbow ausgeführt worden seien. Die Industriellen Betriebe könnten nicht zuwarten und würden ihre Arbeiten ausführen, auch wenn der vorliegende Antrag nicht genehmigt würde. Die aktuell starke Belastung der Investitionsplanung sei unbestritten. Notwendigen Unterhalt nicht auszuführen sei aber nicht die Lösung.

Beschluss:

1. Für die Erneuerung des Oberbaus, der Strassenentwässerung und der öffentlichen Beleuchtung Bernastrasse sowie für die Erneuerung der Kanalisation Bernastrasse wird ein Rahmenverpflichtungskredit von CHF 1'390'000.00 bewilligt.
2. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.

(21:0 Stimmen)

- | | | |
|----------|--------------|--|
| 3 | P21.C | Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Personal allgemein) |
| | B3.C | Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Behörden und Organe, politische Aktivitäten) |

Änderung des Personalreglements 2011 und des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Reglementsänderungen schriftlich.

Gemeindepräsident Urs Graf führt aus, dass der Kanton seine personalrechtlichen Bestimmungen angepasst habe, was auch bei der Gemeinde kleinere Änderungen im Personalreglement nötig mache. Der Gemeinderat habe beschlossen, die altrechtliche Familienzulage bei den drei betroffenen Mitarbeitenden auf den 1. Januar 2015 in den Lohn einzubauen. Da damit ab 2015 niemand mehr

Anspruch auf diese altrechtliche Familienzulage habe, könne Artikel 23 ersatzlos gestrichen werden. Die Erfahrungen des letzten Jahres hätten gezeigt, dass eine privatrechtliche Anstellung der Direktion der Industriellen Betriebe sinnvoll wäre. Die Direktion der Industriellen Betriebe handle nicht hoheitlich und sei mit der Privatwirtschaft vergleichbar. Als gemeindeinterne Meldestelle für Missbräuche biete sich die Geschäftsprüfungskommission an, wofür mit einer indirekten Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats die Rechtsgrundlage geschaffen werde.

Eintreten ist nicht bestritten.

Beat Künzli unterstützt die Änderungen.

Beschluss:

1. Die Änderungen der Artikel 4, 17, 18a und 23 des Personalreglements 2011 vom 7. Dezember 2010 und die indirekte Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats vom 19. Oktober 1999 mit Ergänzung von Artikel 28a werden genehmigt.
2. Die Änderungen des Personalreglements 2011 treten rückwirkend auf den 1. Januar 2015 in Kraft, die Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats auf den 1. März 2015.

(einstimmig)

4 A1.3 Unterschriftensammlung, Initiative und Referendum generell B1.7.5 Verkehrsregime

Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Gemeinderat Peter Michel stellt fest, dass sich die Verkehrssituation in Interlaken seit der Neugestaltung des Postknotens sowie der Schliessung des Höhewegs im Schlauch für den motorisierten Individualverkehr deutlich beruhigt und dank begleitender Massnahmen verbessert habe. Es seien verschiedene flankierende Massnahmen umgesetzt worden wie die Einbahnregelungen Rosenstrasse und Centralstrasse mit Entlastung der Savoykreuzung, der Ringverkehr für Gesellschaftswagen Strandbadstrasse – Viktoriastrasse – Harderstrasse – Höheweg Fahrtrichtung Ost oder die Aufhebung der Postautohaltestellen Postplatz und Metropole zugunsten einer Haltestelle im Schlauch. Die Mehrbelastung insbesondere des Nordquartiers bewege sich in einem zumutbaren Rahmen. Der Gemeinderat unterstütze die Stossrichtung des Titels der Gemeindeinitiative. Die Umsetzung des Textes der Gemeindeinitiative, der einen ganzjährigen, durchgehenden Verkehr mit Motorfahrzeugen aller Art auch durch den Schlauch verlange, könne der Gemeinderat hingegen nicht unterstützen. Die Umsetzung der Initiative würde die erreichten Verbesserungen zunichtemachen. Der Höheweg und die Postkreuzung vermöchten den Verkehr, den ihnen die Initiantinnen und Initianten zumuten wollen, nicht zu schlucken. Eine Annahme der Initiative würde auch bedeuten, dass das heutige Reisebusregime aufgehoben werden müsste und die bis zu 280 Reisebusse pro Tag in Zukunft den Höheweg und den Schlauch wieder beliebig in beiden Richtungen befahren dürften. Einschränkungen für Reisebusse verbiete der Initiativtext. Ein Verkehrschaos wäre vorprogrammiert. Der Gemeinderat lehne die Initiative ab.

Eintreten ist nicht bestritten.

Franz Christ war nicht froh über die Kappung der West-Ost-Verbindung nach Abschluss der Bauarbeiten auf dem Postknoten. Es habe sofort viel Kritik an der Schlauchsperrung gegeben. Im letzten Sommer habe der Verkehr wegen der vielen neuen ausländischen Fahrzeuge deutlich zugenommen, und doch sei ein Chaos ausgeblieben. Dann seien innert kurzer Zeit 900 Unterschriften für eine Initiative zusammengekommen, bei deren Formulierung wohl zu wenig an die Auswirkungen gedacht worden

sei. Er sei selber überrascht, wie positiv sich das neue Verkehrsregime auswirke. Bei der weiteren Planung müsse aber auch an den Geschäftsverkehr gedacht werden. Er unterstütze deshalb die Initiative.

Fritz Kupfer bemerkt, mit einer FDP-Motion sei eine Fussgängerzone im Schlauch verlangt worden, und nun gebe es eine FDP-Initiative, die den Schlauch für alle Verkehrsteilnehmenden freigeben wolle. Er habe zwar Verständnis für die Initiative. Die Praxis habe aber gezeigt, dass die heutige Situation besser sei als vor der Sperrung des Schlauches. Verbesserungen in den Quartieren seien noch möglich. Die Initiative sei nicht umsetzbar. In zwei Jahren lasse sich ein Verkehrsplan nicht überarbeiten. Er sei gegen die Öffnung des Schlauchs, weil so das Erreichte zunichte gemacht werde. Viele Unterzeichnende der Initiative würde diese heute nicht mehr unterschreiben und in einer sofortigen Abstimmung würde die Initiative wohl abgelehnt. Er wolle aber nicht einfach eine Ablehnung, sondern einen sinnvollen Gegenvorschlag.

Beat Künzli begrüsst, dass die Stimmberechtigten nun über das Verkehrsregime im Dorf entscheiden könnten. Er bedaure, dass die Motion Grossenbacher nicht früher umgesetzt werden können.

David Bühler versteht, dass bei der Sperrung des Schlauches Unmut entstanden sei, weil in diesem Zeitpunkt diverse andere Strassensperrungen bestanden hätten. Heute hätte sich die Situation aber verbessert und es zeige sich, dass das Zentrum beruhigt worden sei. Er möchte der Gemeindeinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen und **beantrage**:

Der Gemeinderat wird beauftragt einen Gegenvorschlag zur Verkehrsinitiative auszuarbeiten. Folgende Eckpunkte sind dabei einzuhalten:

1. Der Verkehrsrichtplan ist dahingehend anzupassen, dass das heutige Verkehrsregime auf dem Höheweg (Abschnitt Postplatz-Harderstrasse) übernommen wird.
2. Die Wohnquartiere werden vom Durchgangsverkehr entlastet.

Der Gemeinderat wird gebeten, die betroffenen Kreise und die Parteien bei der Ausarbeitung des Gegenvorschlags in geeigneter Form miteinzubeziehen.

Antonie Meyes Schürch stand im März 2014 in der Annahme im Schlauch, dass dort bald keine Motorfahrzeuge mehr zirkulieren würden. Doch schon bald sei eine Initiative gestartet worden, die den motorisierten Verkehr wieder ermöglichen wollte. Als Velofahrerin, Fussgängerin und Mutter kleiner Kinder spreche sie die neue Verkehrsregelung an. Verbesserungen seien möglich, aber nicht im Sinne der Initiative. Eine Neufassung des Verkehrsrichtplans brauche viel Zeit und koste viel. Eine Freigabe der Bahnhofstrasse und des Schlauchs für Lastwagen und Reisebusse sei gefährlich. Die Initiative müsse ernst genommen, aber abgelehnt werden. Sie unterstütze den überparteilichen Gegenvorschlag.

Christoph Betschart sieht im Schlauch den Lieblingsandkasten der Interlakner Politik. Der Schlauch sei nicht das Hauptstück des Interlaken Strassennetzes. Der Verkehrsrichtplan beinhalte ein Gesamtkonzept, das der Grosse Gemeinderat mit den Beschlüssen von 2010 unterstützt habe. Auch er habe die Motion Grossenbacher unterschrieben, zweifle heute aber, dass das die richtige Lösung gewesen wäre. Er anerkenne, dass Verbesserungen gesucht und umgesetzt würden. Das Volk habe bisher keine Möglichkeiten gehabt, sich zur Verkehrssituation zu äussern. Diese Möglichkeit würden die Stimmberechtigten jetzt erhalten, womit nicht mehr die Politiker und die Verkehrsplaner das letzte Wort hätten.

Bernhard Weinekötter ist mit einem Gegenvorschlag und der Stossrichtung des Antrags Bühler einverstanden, möchte den Gegenvorschlag jedoch durch eine nicht ständige Kommission des Grossen Gemeinderats ausarbeiten lassen. Er **beantrage** deshalb:

1. Für die Ausarbeitung des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative wird eine nicht ständige Kommission des Grossen Gemeinderats ohne Entscheidbefugnis eingesetzt.
2. Die Kommission soll folgende Eckpunkte einhalten:
 - Der Verkehrsrichtplan ist dahingehend anzupassen, dass das heutige Verkehrsregime auf dem Höheweg (Abschnitt Postplatz-Harderstrasse) übernommen wird.

- Die Wohnquartiere werden vom Durchgangsverkehr entlastet.
3. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:
 - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SVP
 - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SP
 - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der FDP
 - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der Grünen
 - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der EDU&EVP
 - ein vom Gemeinderat zu bezeichnendes Gemeinderatsmitglied
 - Sekretär des Grossen Gemeinderats als Kommissionssekretär ohne Stimmrecht
 - maximal zwei vom Gemeinderat zu bestimmende Personen mit beratender Funktion und ohne Stimmrecht
 4. Der Gemeinderat und die Listen melden ihre Kommissionsmitglieder bis zum 16. Februar 2015 an das Ratssekretariat. Die so gemeldeten Mitglieder gelten als gewählt. Die nicht ständige Kommission hat den Gegenvorschlag bis spätestens Ende Juni 2015 auszuarbeiten.

Bernhard Staehelin unterstützt die Beurteilung, dass sich trotz Mehrverkehr die Verkehrssituation mit dem neuen Verkehrssystem verbessert habe.

Ratspräsident Peter Hollinger unterbricht die Sitzung auf Antrag von *Heidi Beutler* von 21.02 bis 21.10 Uhr.

Gemeinderat Peter Michel unterstützt den Antrag Weinekötter betreffend Vorgehen zur Ausarbeitung des Gegenvorschlags.

Beschluss 1:

1. Die Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“ wird abgelehnt.
2. Sie wird den Stimmberechtigten unterbreitet.

(23:3 Stimmen)

Beschluss 2:

Der Initiative soll ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden.

(25:2 Stimmen)

Cupabstimmung zum Gegenvorschlag:

Für den Gegenvorschlag gemäss Antrag Bühler: 7 Stimmen

Für den Gegenvorschlag gemäss Antrag Weinekötter: 20 Stimmen

Schlussabstimmung zum Gegenvorschlag:

1. Für die Ausarbeitung des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative wird eine nicht ständige Kommission des Grossen Gemeinderats ohne Entscheidbefugnis eingesetzt.
2. Die Kommission soll folgende Eckpunkte einhalten:
 - Der Verkehrsrichtplan ist dahingehend anzupassen, dass das heutige Verkehrsregime auf dem Höheweg (Abschnitt Postplatz-Harderstrasse) übernommen wird.
 - Die Wohnquartiere werden vom Durchgangsverkehr entlastet.
3. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:
 - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SVP
 - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SP

- zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der FDP
 - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der Grünen
 - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der EDU&EVP
 - ein vom Gemeinderat zu bezeichnendes Gemeinderatsmitglied
 - Sekretär des Grossen Gemeinderats als Kommissionssekretär ohne Stimmrecht
 - maximal zwei vom Gemeinderat zu bestimmende Personen mit beratender Funktion und ohne Stimmrecht
4. Der Gemeinderat und die Listen melden ihre Kommissionsmitglieder bis zum 16. Februar 2015 an das Ratssekretariat. Die so gemeldeten Mitglieder gelten als gewählt. Die nicht ständige Kommission hat den Gegenvorschlag bis spätestens Ende Juni 2015 auszuarbeiten.

(21:0 Stimmen)

5 B1.7.2 Kommunalen Gesamtplan und Teilrichtpläne
Postulat Walther, Umsetzung Verkehrsrichtplan mit Poller, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Der Gemeinderat beantragt schriftlich, die Frist zur Beantwortung des Postulats um vier Jahre zu verlängern.

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Die Frist zur Beantwortung des Postulats Walther, Umsetzung Verkehrsrichtplan mit Poller, wird um vier Jahre verlängert.

(21:0 Stimmen)

6 S4.4.24 Höheweg
Motion Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Der Gemeinderat beantragt schriftlich, die Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion um vier Jahre zu verschieben.

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Die Traktandierung der Erheblicherklärung der Motion Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, wird um weitere vier Jahre hinausgeschoben.

(23:1 Stimmen)

7 S4.6.1 Allgemeine Akten (Verkehrsführung und Signalisation)
V2.09 Strassenverkehr generell
Motion Weinekötter, Fussgängerüberquerungen, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Der Gemeinderat beantragt schriftlich die Motion abzuschreiben. Die Bevölkerung habe sich an die Tempo 30-Zonen ohne Fussgängerstreifen gewöhnt. An den vom Gesetzgeber zugelassenen neuralgischen Stellen würden die zuständigen Organe als ständige Aufgabe prüfen, ob sich ein Fussgängerstreifen aufdränge und realisieren lasse.

Bernhard Weinekötter widerspricht der Aussage des Gemeinderats, dass sich die Bevölkerung daran gewöhnt habe, dass es keine Fussgängerstreifen mehr gebe. Er habe solche Signale nicht erhalten. Für ihn habe sich nichts geändert, so dass er auch für seine Motion eine Fristverlängerung um vier Jahre **beantrage**.

Beschluss:

Die Frist zu Beantwortung der Motion Weinekötter, Fussgängerüberquerungen, wird um vier Jahre verlängert.

(21:4 Stimmen)

8 B3.A Organe, Behörden, Gremien (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission

Beschluss:

Auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei und als Ersatz für den zurücktretenden Alfred Schenk wird Fritz Kupfer, 1954, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 23. Februar 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

(grosses Mehr und ohne Gegenstimme)

9 F3.A Organe, Behörden, Gremien (Finanzen)

Ersatzwahl in die Finanzkommission

Beschluss:

Auf Antrag der Grünen und als Ersatz für den wegziehenden Adrian Rufener wird Rudolf Christian Simmler, 1964, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 23. Februar 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

(einstimmig)

10 K4.A Organe, Behörden, Gremien (Kunst- und Kultur, Freizeitgestaltung)

Ersatzwahl in die Anerkennungskommission

Beschluss:

Auf Antrag der Schweizerischen Volkspartei und als Ersatz für den zurücktretenden Marc Alain Sahli wird Barbara Christen, 1960, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 23. Februar 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Anerkennungskommission gewählt.

(einstimmig)

11 P3.A Organe, Behörden, Gremien, Polizei- und Verkehrskommission (Polizei, Sicherheit, Justiz)

Ersatzwahl in die Sicherheitskommission

Beschluss:

Auf Antrag der Grünen und als Ersatz für die zurücktretende Annerös Aulbach wird Jürg Peter Holzer, 1965, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 1. März 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Sicherheitskommission gewählt.

(einstimmig)

12 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

- *Gemeindepräsident Urs Graf*: BLS-Werkstätte Bönigen gesichert bis 2025; *Jürg Zumkehr* dankt für diese Ausführungen
- *Gemeinderat Kaspar Boss*: Pensionierung Eduard Trauffer im Werkhof

Neue parlamentarische Vorstösse

Anfrage Christ, Regenwasserleitung Ostquartier

Franz Christ fragt, was mit der Regenwasserleitung im Ostquartier gehe.

Gemeinderat Kaspar Boss antwortet, Verzögerungen hätten sich ergeben, weil sich die Gemeinde vom zuständigen Ingenieur getrennt habe. Das Projekt werde nun mit neuem Ingenieur überarbeitet.

Wortmeldungen aus dem Rat

GGR-Ausflug 2015

Ratspräsident Peter Hollinger nennt den Mittwoch, 12. August 2015, als Datum des diesjährigen Ausflugs des Grossen Gemeinderats.

Ausgabenbeschränkung

Bernhard Staehelin bemerkt, der Grosse Gemeinderat habe vor knapp einem Jahr erstmals richtig über die Schulden der Gemeinde diskutiert. Er weise auf die hohe Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde Interlaken hin, auch im Vergleich mit den andern bernischen Gemeinden. Das sei keine Katastrophe, aber unerfreulich. Die Gemeinde habe Schulden von über 30 Millionen Franken, was annähernd ihrem Jahresumsatz entspreche. So könne es nicht weitergehen. Von Schulden befreien sollte man sich, wenn es einem gut gehe. Interlaken gehe es seit einigen Jahren gut. Mit dem Schuldenabbau sollte jetzt begonnen werden, und gleichzeitig sollten keine neuen Schulden gemacht werden. Er möchte deshalb eine Ausgabenobergrenze und fragt, ob es andere Ratsmitglieder ebenso sehen würden und wie hoch die Grenze sein sollte. Die SVP sehe für 2015 eine Ausgabenobergrenze von fünf Millionen Franken, ab 2016 eine solche von vier Millionen Franken.

Fritz Kupfer wehrt sich gegen einen Schuldenabbau. Schuldenabbau und Steuersenkung würden sich widersprechen.

Verena Lobsiger bemerkt, wenn pro Einwohner und Tag 50 Rappen gespart würden, ergäbe das im Jahr mehr als eine Million Franken. Das müsse doch möglich sein.

Beat Künzli und *Jürg Zumkehr* möchten das Anliegen *Stahelin* nicht heute diskutiert haben, sondern empfehlen dem Ratsbüro eine Traktandierung in einer nächsten Sitzung zu prüfen.

Bernhard Stahelin verweist auf Artikel 16 Buchstabe b des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats, wonach das Büro des Grossen Gemeinderats Anliegen aus dem Rat entgegen nehme.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

Der Präsident

Der Sekretär

Die Stimmzählenden